

Verkehrsblatt

Amtsblatt des Bundesministers für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland
(VkB1)

INHALTSVERZEICHNIS

37. Jahrgang 1983

Ausgegeben zu Bonn am 31. Januar 1983

Heft 2

Amtlicher Teil

Nr.	Datum	VkB1 1983	Seite
Personalnachrichten			
16	6. 1. 83	Auszeichnung	22
Allgemeine Angelegenheiten			
17	4. 1. 83	Richtlinien für Tanks aus glasfaserverstärkten ungesättigten Polyesterharz- oder glasfaserverstärkten Epoxidharz-Formstoffen (GFK) – TRT 001 –	22
Straßenverkehr			
18	29. 12. 82	Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Umlagen und Meldebeiträge zur Deckung der Kosten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr	22
19	11. 1. 83	Verordnung über die Tarifkommissionen, die erweiterten Tarifkommissionen und die beratenden Ausschüsse für den Güterkraftverkehr (Tarifkommissionen-Verordnung); hier: Einreichung von Vorschlägen für die Berufung eines Nachfolgers für ein ausgeschiedenes stellvertretendes Mitglied	23
20	4. 1. 83	§ 32 StVZO; hier: Änderung der Richtlinien für die Kenntlichmachung überbreiter und überlanger Straßenfahrzeuge sowie bestimmter herausragender Ladungen	23
21	11. 1. 83	Änderung der Richtlinien für die Prüfung der Bewerber um eine Fahrerlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen (Prüfungsrichtlinien) vom 20. November 1970 (VkB1 S. 877)	24
22	27. 12. 82	Gutachten „Krankheit und Kraftverkehr“ des Gemeinsamen Beirats für Verkehrsmedizin beim Bundesminister für Verkehr und beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 2. Auflage, Dezember 1979; hier: Kapitel 7 (Nierenerkrankungen)	27
23	5. 1. 83	Bekanntmachung Nr. 2/83 über Sonderabmachungen nach § 22 a des Güterkraftverkehrsgesetzes ..	27
24	4. 1. 83	Verzeichnis der Fahrerlaubnisausbildungsstätten	29
Binnenschifffahrt			
25	4. 1. 83	Schiffahrtspolizeiliche Verordnung über die Verkehrsregelung im Unterkanal der Koblenzer Schleusen	30
26	3. 1. 83	Hinweis Verordnung Nr. 16/82 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt vom 9. Dezember 1982.	30

Nr.	Datum	VkB1 1983	Seite
27	4. 1. 83	Hinweis Verordnung Nr. 17/82 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt vom 10. Dezember 1982	31
28	16. 12. 82	Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatentes	31
29	16. 12. 82	Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatentes	31
Seeverkehr			
30	27. 12. 82	Ungültigkeitserklärung von Schiffsmeßbriefen	31
31	27. 12. 82	Ungültigkeitserklärung von Flaggenausweisen	32
32	30. 12. 82	Verlust eines Lotsenausweises	32
Straßenbau			
33	27. 12. 82	Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 33/1982 Sachgebiet 6: Ausstattung der Bundesfernstraßen	32
34	13. 1. 83	Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 1/1983 Sachgebiet 2: Bemessung und Gestaltung der Bundesfernstraßen (Klassifizierung und Numerierung der Straßen)	33
Personalnachrichten			
35	31. 1. 83	Stellenausschreibung	40
Aufgebote (nicht in Ausgabe B)			
35a	31. 1. 83	Aufbietung verlorener Fahrzeugbriefe	
35b	31. 1. 83	Aufbietung von verlorenen Fahrzeugscheinen und Bescheinigungen über die Zuteilung amtlicher Kennzeichen für Zulassungsfreie Fahrzeuge 46a – 46sssssss	
Nichtamtlicher Teil			
Personenverkehr			41
Verkehrssicherheit			44
Rechtssprechung			45
Termine			46

Beim Ausbleiben des Verkehrsblattes wollen sich die Bezieher bitte an den Verlag wenden.

AMTLICHER TEIL

Personalmeldungen

Nr. 16 Auszeichnung

Bonn, den 6. Januar 1983
Z 12/04.06.02

Der Herr Bundespräsident hat am 30. November 1982

Herrn Georg Kellermeier
Betriebsinspektor a. D.
Minden/Westf.

in Anerkennung seiner besonderen Verdienste die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag

Spieler

(VkBt 1983 S. 22)

Allgemeine Angelegenheiten

Nr. 17 Richtlinien für Tanks aus glasfaserverstärkten ungesättigten Polyesterharz- oder glasfaserverstärkten Epoxidharz-Formstoffen (GFK) – TRT 001 –

Bonn, den 4. Januar 1983
A 13/26.00.70-38

Im Anhang I der am 25. Juli 1975 im Verkehrsblatt 1975 (S. 430) bekanntgegebenen TRT 001, geändert mit den Bekanntmachungen vom 29. März 1978 (VkBt 1978, S. 182), 23. Februar 1979 (VkBt 1979, S. 58) und 11. Dezember 1980 (VkBt 1980, S. 821) sind neben der Klassenbezeichnung „6.1“ in den Spalten „Ziffer“ und „Bezeichnung des Stoffes“ nachzutragen:

„13c) Phenol
61 Cyanurchlorid“.

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag

Dr. Sandhäger

(VkBt 1983 S. 22)

Straßenverkehr

Nr. 18 Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Umlagen und Meldebeiträge zur Deckung der Kosten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr

Bonn, den 29. Dezember 1982
A 32/26.20.02-2f

Hiermit wird der Wortlaut der Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Umlagen und Meldebeiträge zur Deckung der Kosten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 22. Dezember 1982 bekanntgegeben. Die Verordnung ist im Bundesanzeiger Nr. 242 vom 29. Dezember 1982 verkündet worden.

Der Bundesminister für Verkehr

Im Auftrag

Hinz

Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Umlagen und Meldebeiträge zur Deckung der Kosten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr

Vom 22. Dezember 1982

Auf Grund des § 75 Abs. 2, des § 87 b Abs. 2 und des § 97 d Abs. 5 des Güterkraftverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2132, 2480), von denen § 97 d Abs. 5 durch Artikel 1 Nr. 22 des Gesetzes vom 9. Juli 1979 (BGBl. I S. 960) geändert worden ist, wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über Umlagen und Meldebeiträge zur Deckung der Kosten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr vom 20. Dezember 1972 (BANz. Nr. 242 vom 28. Dezember 1972), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Dezember 1980 (BANz. Nr. 241 vom 30. Dezember 1980), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „Verordnung (EWG) Nr. 3062/78 des Rates vom 19. Dezember 1978 (ABl. EG Nr. L 366 S. 5)“ durch die Worte „Verordnung (EWG) Nr. 663/82 des Rates vom 22. März 1982 (ABl. EG Nr. L 78 S. 2)“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Buchstabe b) werden die Worte „Verordnung TSM Nr. 1/80 vom 15. Februar 1980 (BANz. Nr. 44 vom 4. März 1980)“ durch die Worte „Verordnung TSM Nr. 1/82 vom 16. Februar 1982 (BANz. Nr. 44 vom 5. März 1982)“ und die Angabe „§ 15 a Abs. 7“ durch die Angabe „§ 15 a Abs. 8“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 Satz 3 werden die Worte „geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1537)“ durch die Worte „zuletzt geändert durch Artikel 36 des Gesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523)“ ersetzt.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 3 werden nach dem Wort „Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung“ die Worte „in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 1974 (BGBl. I S. 3193; 1975 I S. 848), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Juni 1982 (BGBl. I S. 685)“, eingefügt.
 - b) In Absatz 4 werden die Worte „Artikel 13 des Gesetzes vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1545)“ durch die Worte „Artikel 37 des Gesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523)“ ersetzt.
3. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Höhe der Umlage und des Meldebeitrags

(1) Die Umlage der Unternehmer des Güter- und Möbelfernverkehrs (§ 1) sowie der Unternehmer des Güternahverkehrs (§ 2) beträgt für die ab 1. Januar 1983 ausgeführten Beförderungen 1,80 vom Hundert der Frachturnsätze, die auf Entgelten nach verbindlichen Tarifen oder zulässigen Sonderabmachungen beruhen, und 1,05 vom Hundert der Frachturnsätze, die auf Entgelten nach Referenztarifen beruhen. Sie beträgt einheitlich 0,30 vom Hundert der Frachturnsätze, soweit der Unternehmer seine Frachtunterlagen von einer Frachtenprüfstelle vorprüfen läßt, die von der Bundesanstalt zugelassen ist, oder soweit der Unternehmer von der Deutschen Bundesbahn beschäftigt wird (§ 47 des Güterkraftverkehrsgesetzes) oder seine Frachtunterlagen von der Deutschen Bundesbahn vorgeprüft werden. Der auf den Unternehmer entfallende monatliche Umlagebetrag kann auf den durch fünf teilbaren Pfennigbetrag nach unten abgerundet werden.

(2) Der jährliche Meldebeitrag der Güternahverkehr betreibenden Unternehmer (§ 2 a) wird nach folgender Maßgabe erhoben:

1. Der Meldebeitrag bemisst sich grundsätzlich nach der Anzahl der Kraftfahrzeuge, die der Unternehmer während des Kalenderjahres in seinem Unternehmen zur Verfügung hat und deren zulässige Nutzlast einschließlich der Nutzlast des Anhängers 4 Tonnen übersteigt. Der Meldebeitrag beträgt hiernach
 - a) bei einem Kraftfahrzeug
siebzig Deutsche Mark (Gruppe I),
 - b) bei zwei Kraftfahrzeugen
einhundertfünfunddreißig Deutsche Mark (Gruppe II),
 - c) bei drei Kraftfahrzeugen
einhundertfünfundachtzig Deutsche Mark (Gruppe III),
 - d) bei vier bis sieben Kraftfahrzeugen
zweihundertachtzig Deutsche Mark (Gruppe IV),
 - e) bei acht bis zehn Kraftfahrzeugen
vierhundertfünf Deutsche Mark (Gruppe V),
 - f) bei mehr als zehn Kraftfahrzeugen
fünfhundertfünf Deutsche Mark (Gruppe VI).
 2. Erlischt die Zulassung eines Kraftfahrzeuges (§ 27 Abs. 5 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung), geht ein Kraftfahrzeug auf einen anderen Halter über (§ 27 Abs. 3 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung) oder fällt sonst ein im Unternehmen verwendetes Kraftfahrzeug aus technischen Gründen vorübergehend aus, so bleibt ein für dieses Kraftfahrzeug verwendetes Ersatzfahrzeug bei der Bemessung nach Nummer 1 außer Betracht.
 3. Betreibt der Unternehmer neben Güternahverkehr auch Güter- oder Möbelfernverkehr oder Werkverkehr, so kann er beantragen, daß bei der Feststellung der für ihn nach Nummer 1 Buchstaben b bis f maßgebenden Gruppe diejenigen Kraftfahrzeuge unberücksichtigt bleiben, die er nachweislich im Güternahverkehr nicht verwendet.
 4. Betreibt der Unternehmer Güternahverkehr ausschließlich mit Kraftfahrzeugen, deren zulässige Nutzlast einschließlich der Nutzlast des Anhängers 4 Tonnen nicht übersteigt, so beträgt der Meldebeitrag unabhängig von der Anzahl der Kraftfahrzeuge fünfzig Deutsche Mark (Gruppe VII).
 5. Hat der Unternehmer während des Kalenderjahres im Güternahverkehr ausschließlich Umsätze erzielt, für die er nach § 2 Umlage zu entrichten hat, so ist er von der Zahlung eines Meldebeitrages befreit.
- (3) Für jedes Kalenderjahr beträgt
1. der Meldebeitrag der Abfertigungsspediteure (§ 3) einhundertfünfundsechzig Deutsche Mark,
 2. der Meldebeitrag der Unternehmen des Werkverkehrs für jedes Kraftfahrzeug, für das eine Beförderungsbescheinigung oder eine Meldebestätigung erteilt ist (§ 4), fünfundneunzig Deutsche Mark,
 3. die Umlage der Deutschen Bundesbahn für jedes Kraftfahrzeug (§ 5) fünfundneunzig Deutsche Mark."

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 105 des Güterkraftverkehrsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

Bonn, den 22. Dezember 1982

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung des Staatssekretärs
Dr. Heilmann

(VkBl 1983 S. 22)

Nr. 19 Verordnung über die Tariffkommissionen, die erweiterten Tariffkommissionen und die beratenden Ausschüsse für den Güterkraftverkehr (Tariffkommissionen-Verordnung); hier: Einreichung von Vorschlägen für die Berufung eines Nachfolgers für ein ausgeschiedenes stellvertretendes Mitglied

Bonn, den 11. Januar 1983
A 32/29.18.61-3

Herr Dr. Michael Marbach, Wiesbaden, hat sein Amt als stellvertretendes Mitglied der Tariffkommission des allgemeinen Güternahverkehrs – Gruppe der Verlader – niedergelegt.

Ich fordere hiermit nach § 5 Abs. 3 der Tariffkommissionen-Verordnung vom 21. November 1969 (BANz. Nr. 222 vom 29. November 1969) dazu auf, mir aus dem Bereich der Industrie Vorschläge für die Berufung eines Nachfolgers bis zum 28. Februar 1983 einzureichen.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Zemlin

(VkBl 1983 S. 23)

Nr. 20 § 32 StVZO; hier: Änderung der Richtlinien für die Kenntlichmachung überbreiter und überlanger Straßenfahrzeuge sowie bestimmter herausragender Ladungen

Bonn, den 4. Januar 1983
StV 13/36.24.02-04.01

Die „Richtlinien für die Kenntlichmachung überbreiter und überlanger Straßenfahrzeuge sowie bestimmter herausragender Ladungen“ in der Fassung vom 19. Dezember 1973 (VkBl 1974 S. 2), geändert durch die Veröffentlichung vom 12. Juli 1976 (VkBl 1976 S. 477), werden zur Anpassung an die gegenwärtig geltende Fassung der StVZO und unter Berücksichtigung der bei der Anwendung der Richtlinien gewonnenen Erfahrungen wie folgt geändert:

1. In Abschnitt 2.2.1 wird das Wort „Weiße“ durch das Wort „Gelbe“ ersetzt.
2. In Abschnitt 3.1.3 werden die Worte „ein oder zwei Kennleuchten“ durch die Worte eine oder mehrere Kennleuchten und im letzten Satz das Wort „zwei“ durch das Wort „mehreren“ ersetzt.
3. Abschnitt 3.2.1 erhält folgende Fassung:
„3.2.1 Die Fahrzeuge sind grundsätzlich mit gelben Rückstrahlern entsprechend den Anforderungen im § 51a StVZO auszurüsten.“
4. Nach Abschnitt 3.2.1 wird folgender Abschnitt 3.2.2 eingefügt:
„3.2.2 Auf die nach hinten hinausragende Ladung ist § 51a StVZO entsprechend anzuwenden.“
5. Der bisherige Abschnitt 3.2.2 wird Abschnitt 3.2.3 und erhält folgende Fassung:
„3.2.3 Bei einer Gesamtlänge von mehr als 20 m sind zusätzlich zu 3.2.1 und 3.2.2 eine oder mehrere Kennleuchten für gelbes Blinklicht (Rundumlicht) nach 2.2.2 erforderlich. Geometrische Sichtbarkeit der Kennleuchten entsprechend der Veröffentlichung im VkBl 1970 S. 336 (s. a. 3.1.3).

Die Richtlinien in der geänderten Fassung gelten für alle erstmals in den Verkehr kommenden Fahrzeuge und Ladungen. Für bereits im Verkehr befindliche Fahrzeuge gelten die Richtlinie vom 19. Dezember 1973 in der Fassung vom 12. Juli 1976 noch bis zum 31. Dezember 1983.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Keller

(VkBl 1983 S. 23)

Nr. 21 Änderung der Richtlinien für die Prüfung der Bewerber um eine Fahrerlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen (Prüfungsrichtlinien) vom 20. November 1970 (VkBl S. 877)

Bonn, den 11. Januar 1983
StV 11/36.10.15-06

Die Prüfungsrichtlinien vom 20. November 1970 (VkBl S. 877), zuletzt geändert durch die Verlautbarung vom 4. August 1981 (VkBl S. 347) werden im Einvernehmen mit den zuständigen obersten Landesbehörden nach Maßgabe des Anhangs geändert.

Die Grundfahrrübungen für die Klassen 1 und 4 sind aufgrund der bisher gesammelten Erfahrungen überarbeitet worden. Dies gilt insbesondere für die bisher unter 16.6.2 aufgeführte Grundfahrrübung „Ausweichen“, welche durch die verschärfte Prüfungsaufgabe 16.7 „Abbremsen und Ausweichen“ vom 1. April 1983 an abgelöst wird. Nunmehr wird auch die Fehlerbewertung mit abgedruckt.

Außerdem werden die Prüfungsrichtlinien an die inzwischen eingetretenen Rechtsänderungen durch die Dritte Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 23. November 1982 (BGBl. I S. 1533, 1774) angepaßt.

Schließlich werden einige Fragen und Antworten des Fragenkatalogs teils infolge von Rechtsänderungen, teils aufgrund von Erfahrungen verbessert; einige neue Fragen sollen den Prüfungsstoff noch stärker ausschöpfen.

Die Änderungen des Fragenkatalogs werden ab 1. April 1983 in die Prüfungsfragebogen aufgenommen.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Keller

Anhang

Änderung der Prüfungsrichtlinien

1. Abschnitt I, Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Der Bewerber um die Fahrerlaubnis der Klassen 1, 2, 3 und 4 hat nach § 11 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) seine Kenntnisse in einer Prüfung nachzuweisen, die aus einem theoretischen Teil (theoretische Prüfung) und einem praktischen Teil (Fahrprüfung) besteht.“

2. Abschnitt I, Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„c) Der Inhaber einer ausländischen, nicht in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften erteilten Fahrerlaubnis, der eine deutsche Fahrerlaubnis beantragt und bei dem der Nachweis ausreichender Fahrpraxis nach § 15 Abs. 2 Satz 1 nicht vorliegt, hat nach § 15 Abs. 2 Satz 2 eine theoretische Prüfung nach Maßgabe des § 11 Abs. 2 Nr. 1 und 2 StVZO abzulegen. Eine Fahrprüfung kann von der Verwaltungsbehörde verlangt werden, wenn sie in den Fällen des § 12 StVZO erforderlich ist.“

3. Abschnitt III, Nummer 16 erhält folgende Fassung:

„16. Grundfahrrübungen für Klassen 1 und 4

Grundfahrrübungen dienen dem Nachweis, daß der Bewerber das Krafttrad selbständig handhaben kann, die Grundbegriffe der Fahrphysik kennt und sie richtig anwenden kann (Fahrzeugbeherrschung). Die Grundfahrrübungen sind möglichst an den Anfang der Prüfungsfahrt zu legen. Sie sind in der Regel in 12, höchstens in 15 Minuten zu erledigen, wobei stets mit den Aufgaben 1 und 3 zu beginnen ist. Es sind durchzuführen die Aufgaben 1, 3, 6 und 7 sowie entweder Aufgabe 2 oder 5 oder eine der Aufgaben von 4. Die Prüfungsaufgaben sind einzeln durchzuführen; jedoch dürfen die Aufgaben 2 und 3 kombiniert werden. Die Grundfahrrübungen sollen möglichst auf verkehrsarmen Straßen und Plätzen ausgeführt werden.

Die Vorschriften der StVO sind zu beachten. So ist z. B., wenn eine Aufgabe am Fahrbahnrand beginnt, der Fahrtrichtungsanzeiger zu betätigen; auch muß vor Beginn jeder Aufgabe (Anfahren) der rückwärtige Verkehr durch Spiegelbenutzung und Schulterblick beobachtet werden.

16.1. Handhabung des Krafttrades

Inhalt der Prüfungsaufgabe

Voraussetzung für die Ablegung der Fahrprüfung ist die selbständige Handhabung des Krafttrades. Hierzu gehört neben dem Aufstellen und Herunternehmen vom Ständer – Mittel- oder Seitenständer – das Anlassen (mit elektrischem Anlasser, soweit vorhanden) des Krafttrades mit allen damit in Zusammenhang stehenden Handgriffen.

Fehlerbewertung

- Unvermögen, das Krafttrad selbständig zu handhaben, insbesondere es auf den Ständer zu stellen oder von ihm herunterzunehmen,
- Umkippen des Krafttrades,
- Fahren mit nicht ordnungsgemäß eingezogenem Ständer.

16.2. Mehrfaches Anfahren und Anhalten (Stop and Go)

Inhalt der Prüfungsaufgabe

Die Aufgabe entspricht in der Praxis dem Fahren in Kolonnen bei Stauungen (Stop and Go). Durch die Aufgabe soll sich der Bewerber mit dem Krafttrad vertraut machen. Richtiger Umgang mit Kupplung und Bremse. Füße nur zum Abstützen des Krafttrades im Stand von den Fußrasten nehmen.

Drei- bis viermal Anhalten während der Aufgabe. Beobachtung des rückwärtigen Verkehrs (s. Vorbemerkung) ist nur beim **ersten** Anfahren erforderlich. Gangwechsel während der Aufgabe ist nicht erforderlich.

Fehlerbewertung

- Anfahren im falschen Gang,
- Abwürgen des Motors,
- Füße nicht auf den Fußrasten, außer zum Abstützen beim Anhalten.

16.3. Fahren mit Schrittgeschwindigkeit geradeaus (Länge der Strecke etwa 25 m)

Inhalt der Prüfungsaufgabe

Wichtig sind die Einhaltung des Gleichgewichtes und die richtige Handhabung von Kupplung, Gas und Bremse. Je langsamer diese Aufgabe ausgeführt wird, um so perfekter ist die Beherrschung des Krafttrades bei geringster Geschwindigkeit.

Fehlerbewertung

- Nichteinhalten der Schrittgeschwindigkeit,
- starkes Abweichen von der Geraden (mehrfaches Abweichen von der Geraden um mehr als ca. 30 cm nach links oder rechts); die ersten 5 m nach dem Anfahren werden nicht bewertet,
- Herunternehmen eines Fußes von der Fußraste.

16.4.1 Fahren eines Kreises

(Halbmesser etwa 4,5 m)

Inhalt der Prüfungsaufgabe

Die Aufgabe schließt ein: Einfahrt in den Kreis, mehrfaches Durchfahren des Kreises und Ausfahrt aus dem Kreis. Die Kreisfahrt kann in beiden Richtungen verlangt werden; auf öffentlichen Straßen jedoch nur nach links. Die Geschwindigkeit ist so zu wählen, daß Schräglage entsteht. Es soll erreicht werden eine Stabilisierung des Kraftrades beim Übergang von der Geraden in den Kreis und umgekehrt. Beobachtung des rückwärtigen Verkehrs (**s. Vorbemerkung**) ist nur vor dem Einfahren in den Kreis erforderlich.

Fehlerbewertung

- Starkes Abweichen vom vorgegebenen Halbmesser,
- starkes Abweichen von der Kreisform,
- Herunternehmen eines Fußes von der Fußraste,
- Fahren im falschen Gang,
- Schräglage ist nicht festzustellen.

16.4.2 Wenden auf einer**16.4.2.1 etwa 7 m breiten Fahrbahn in der Ebene oder****16.4.2.2 etwa 9 m breiten Fahrbahn in der Steigung oder im Gefälle bis 8 %****Inhalt der Prüfungsaufgabe**

Die Aufgabe schließt ein: **aus dem Stand** wenden in Form eines Halbkreises und geradeaus weiterfahren. Es soll erreicht werden eine Stabilisierung des Kraftrades beim Übergang vom Halbkreis in die Gerade.

Fehlerbewertung

- Überschreiten der vorgegebenen Fahrbahnbreite,
- Herunternehmen eines Fußes von der Fußraste,
- Fahren im falschen Gang,
- Abwürgen des Motors.

16.5. Anfahren in einer Steigung

(etwa 8 bis 10 %)

Inhalt der Prüfungsaufgabe

Anfahren im ersten Gang. Abstimmung zwischen Kupplung, Gas und Bremse, um das Fahrzeug in Bewegung zu setzen. Das Kraftrad kann dabei mit der Fuß- oder Handbremse gehalten werden. Es kommt darauf an, das Kraftrad so bald wie möglich zu stabilisieren. Die Füße sind spätestens dann auf die Fußrasten zu stellen, wenn das Kraftrad stabilisiert ist.

Fehlerbewertung

- Nichthalten des Kraftrades mit der Fuß- oder Handbremse (mehr als 50 cm zurückrollen lassen),
- Abwürgen des Motors,
- zu starkes Gasgeben beim Anfahren,
- Anfahren im falschen Gang,
- Abheben des Vorderrades beim Anfahren,
- Kraftrad nicht rechtzeitig stabilisiert,
- Füße nicht auf Fußrasten, wenn Kraftrad stabilisiert ist.

16.6. Abbremsen**Inhalt der Prüfungsaufgabe**

Der Bewerber soll zeigen, daß er in der Lage ist, in einer Notsituation unter gleichzeitiger Benutzung beider Bremsen das Kraftrad mit höchstmöglicher Verzögerung aus einer Geschwindigkeit von etwa 50 km/h (Klasse 1) bzw. 40 km/h (Klasse 4) zum Stillstand zu bringen, ohne dabei wesentlich von der Fahrlinie abzuweichen. Es muß erkennbar sein, daß die volle Wirkung der Handbremse zum Einsatz kommt.

Die Aufgabe setzt voraus, daß sichergestellt ist, daß eine Gefährdung des nachfolgenden Verkehrs ausgeschlossen ist; deshalb ist eine Beobachtung des rückwärtigen Verkehrs (Spiegelbenutzung und Schulterblick) vor Beginn der Bremsung nicht erforderlich. Das Blockieren des Hinterrades wird nicht beanstandet, wenn das Kraftrad stabil gehalten wird.

Fehlerbewertung

- Zu schwache Betätigung der Handbremse,
- Benutzung nur einer Bremse,
- zu geringe Ausgangsgeschwindigkeit,
- wesentliches Abweichen von der Fahrlinie,
- Nichterreichen der notwendigen Verzögerung (Allgemeingültige Werte für Bremsweg bzw. für das Eintauchen der Vorderradgabel gibt es nicht).

16.7. Abbremsen und Ausweichen

(nicht für Klasse 4)

Inhalt der Prüfungsaufgabe

Beschleunigen auf etwa 50 km/h, dann kurz abbremsen und nach Lösen der Bremsen mit einer Geschwindigkeit im eigenstabilen Bereich (ca. 30 km/h) vor einer markierten Stelle um etwa 1 bis 1,5 m nach links oder rechts durch Drücken des Kraftrades ausweichen und, ohne zu bremsen, auf die ursprüngliche Fahrlinie zurückkehren. Das Ausweichen darf frühestens 7 m vor der markierten Stelle beginnen. Vor Beginn des Ausweichens ist auszukuppeln.

Die Aufgabe setzt voraus, daß sichergestellt ist, daß eine Gefährdung des nachfolgenden Verkehrs ausgeschlossen ist; deshalb ist eine Beobachtung des rückwärtigen Verkehrs (Spiegelbenutzung und Schulterblick) weder vor Beginn des Abbremsens noch des Ausweichens erforderlich.

Fehlerbewertung

- Zu geringe Ausgangsgeschwindigkeit,
- zu frühes oder nicht ausreichendes Ausweichen,
- „Herumlenken“ des Kraftrades um die markierte Stelle statt es zu drücken,
- Nichtlösen der Bremsen beim Ausweichen oder Bremsen vor Wiedererreichen der Fahrlinie,
- Nichtauskuppeln,
- die ursprüngliche Fahrlinie wird nicht annähernd wieder erreicht,
- Herunternehmen eines Fußes von der Fußraste.

Bewertung der Prüfung:

Jede Aufgabe darf, wenn einer der vorstehenden Fehler gemacht wird, einmal wiederholt werden. Werden die gestellten Anforderungen auch bei der Wiederholung nicht erfüllt, so ist die praktische Prüfung nicht bestanden. Sie gilt schon beim ersten Versuch als nicht bestanden, wenn der Bewerber

- den Verkehr ungenügend beobachtet und es dadurch zu einer Behinderung oder Gefährdung kommt,
- eine Person, ein Fahrzeug oder einen anderen Gegenstand anfährt oder
- stürzt."

4. Abschnitt IV, Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„Der Sachverständige oder Prüfer kann einen Zwischenbericht mit oder ohne Rückgabe der Akten an die Verwaltungsbehörde erstatten, wenn er es für nötig hält, daß die Verwaltungsbehörde dem Bewerber besondere Bedingungen auferlegt oder den Antrag ablehnt, oder wenn die Wiederholung der Prüfung innerhalb kurzer Zeit nicht möglich erscheint. Der Prüfungsauftrag ist an die Verwaltungsbehörde zurückzugeben,

- wenn der Bewerber nicht innerhalb von 12 Monaten nach Eingang des Prüfungsauftrags bei der Technischen Prüfstelle mit der Prüfung begonnen hat,
- wenn die theoretische Prüfung nicht innerhalb von 12 Monaten nach Eingang des Prüfungsauftrags bei der Technischen Prüfstelle bestanden ist oder
- wenn die praktische Prüfung nicht innerhalb von 12 Monaten nach Bestehen der theoretischen Prüfung bestanden ist.“

Änderung des Fragenkatalogs

In Abschnitt 0.2.12 erhält Frage 12 folgende Fassung:

12. (I) **Sie wollen innerhalb einer geschlossenen Ortschaft vor einem Andreaskreuz parken. Welche Entfernung müssen Sie mindestens einhalten?**

Antwort: ⑤ m

In Abschnitt 0.2.13 erhält Frage 5 folgende Fassung:

5. (I) **Auf einem Parkplatz ist ein Parkscheinautomat aufgestellt. Was haben Sie zu beachten?**

Antwort: Am oder im Fahrzeug muß von außen gut sichtbar ein Parkschein angebracht sein.

Die nach dem Parkschein zulässige Parkzeit darf nicht überschritten werden.

In Abschnitt 0.2.21 wird Frage 3 gestrichen

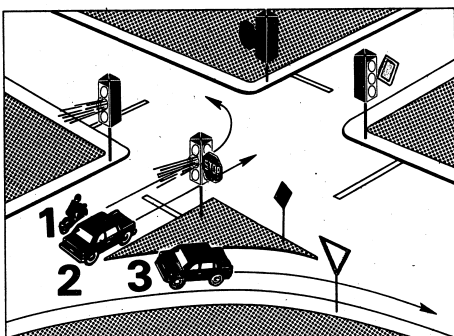
In Abschnitt 0.2.24 erhält Frage 3 folgende Fassung:

3. (II) **Sie haben ein geparktes Fahrzeug beschädigt. Trotz angemessener Wartezeit ist der Geschädigte nicht erschienen. Wie müssen Sie sich verhalten?**

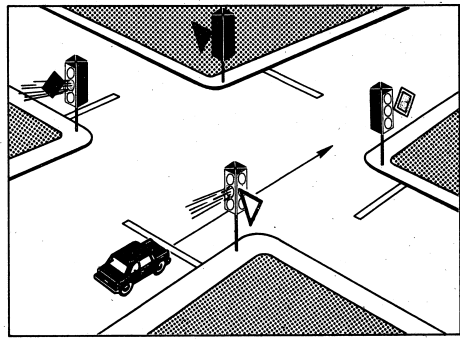
Antwort: Es ist notwendig, daß Sie Ihren Namen und Ihre Anschrift am beschädigten Fahrzeug hinterlassen und außerdem den Unfall unverzüglich dem Geschädigten oder einer nahegelegenen Polizeidienststelle melden.

Abschnitt 0.2.27 wird wie folgt geändert:

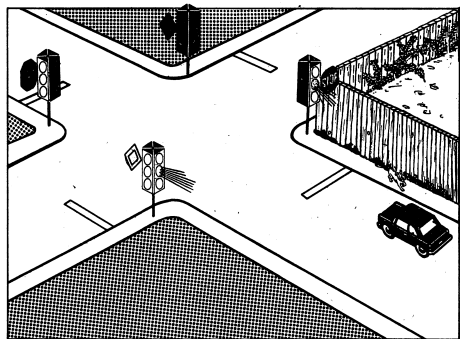
Frage 9 erhält folgendes neues Bild



Frage 11 erhält folgendes neues Bild



Frage 14 erhält folgendes neues Bild



In Abschnitt 0.3.2 erhält Frage 10 folgende Fassung:

- 10.* (II) **Wodurch kann bei langer Fahrt einer Ermüdung vorgebeugt werden?**

Antwort: Durch häufige und rechtzeitige Ruhepausen
Durch Frischluftzufuhr

In Abschnitt 1.2.5 wird bei Frage 8 das Zeichen *) gestrichen.

In Abschnitt 2.2.3 erhält Frage 3 folgende Fassung:

3. (II) **Was kann eintreten, wenn sich Luft in der Kraftstoffanlage eines Dieselmotors befindet?**

Antwort: Der Motor bleibt stehen

In Abschnitt 3.1.2 erhält Frage 1 folgende Fassung:

1. (I) **Welche Veränderungen an einem Pkw müssen der Zulassungsstelle gemeldet werden?**

Antwort: Anbringung einer Anhängerkupplung
Einbau eines Motors mit höherer Leistung
Anbau einer Auspuffanlage, für die keine Betriebserlaubnis besteht
Einbau eines Lenkrades, für das keine Betriebserlaubnis besteht
Anbau eines Front- oder Heckspoilers, für den keine Betriebserlaubnis besteht

In Abschnitt 3.2.10 werden nach Frage 6 folgende Fragen 7, 8 und 9 eingefügt:

7. (II) **Am Armaturenbrett eines Pkw sehen Sie einen Aufkleber: „Mit M+S 160“. Was bedeutet das?**

Antwort: Sie dürfen höchstens 160/km/h fahren, wenn dieses Fahrzeug mit M+S-Reifen dieser Art ausgerüstet ist

8. (II) Was muß man beim Fahren mit M+S-Reifen besonders beachten?

Antwort: Die für die M+S-Reifen zugelassene Höchstgeschwindigkeit darf nicht überschritten werden

9. (II) Welche Reifenbauarten (Diagonal- oder Radialreifen) darf man auf einem Pkw gleichzeitig benutzen?

Antwort: Reifen gleicher Bauart auf allen 4 Rädern

In Abschnitt 3.2.12 erhält Frage 1 folgende Fassung:

1. (I) In welchen Zeitabständen sind Pkw einer Hauptuntersuchung zu unterziehen (Neufahrzeuge, Taxen, Mietwagen und Krankenwagen sind nicht zu berücksichtigen)?

Antwort: Alle ② Jahre

(VkBl 1983 S. 24)

Nr. 22 Gutachten „Krankheit und Kraftverkehr“ des Gemeinsamen Beirats für Verkehrsmedizin beim Bundesminister für Verkehr und beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, 2. Auflage, Dezember 1979;

hier: **Kapitel 7 (Nierenerkrankungen)**

Bonn, den 27. Dezember 1982
StV 11/36.08.01-03

Der Gemeinsame Beirat für Verkehrsmedizin beim Bundesminister für Verkehr und beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat in seiner 19. Sitzung am 25. Juni 1982 beschlossen, den Leitsatz 1 in Kapitel 7 (Nierenerkrankungen) des Gutachtens „Krankheit und Kraftverkehr“ wie folgt neu zu fassen:

„1. Wer unter einer Niereninsuffizienz mit einem mittleren Serum-Kreatinin-Wert von 15 mg % und mehr leidet, ist in der Regel zum Führen von Kraftfahrzeugen aller Klassen ungeeignet. Zur Prüfung der Fahrtüchtigkeit ist eine Beurteilung durch einen Nephrologen notwendig.“

Ich gebe hiervon Kenntnis.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
List

(VkBl 1983 S. 27)

Nr. 23 Bekanntmachung Nr. 2/83 über Sonderabmachungen nach § 22 a des Güterkraftverkehrsgesetzes

Köln, den 5. Januar 1983
IA-081

Auf Grund des § 24 des Güterkraftverkehrsgesetzes wird hiermit folgendes veröffentlicht:

1. Sonderabmachung Nr. 04105

1. Name des Unternehmers: Harry Müller KG (GmbH & Co. KG)

2. Verkehrsverbindungen und vereinbarte Beförderungsentgelte:

	DM/100 kg	
	10 t	15 t
von Bremen		
nach Hamburg	3,74	2,92
Esens, Osnabrück	3,97	3,10
Haselünne, Ibbenbüren	4,45	3,46

Bad Pyrmont	4,92	3,82
Münster (Westf.)	5,15	4,00
Büren Kr. Paderborn	6,02	4,68
Göttingen, Unna, Warburg	6,22	4,83
Werl	6,41	4,98
Adelebsen, Arnshagen,		
Gelsenkirchen, Hünxe	6,60	5,13
Essen, Grebenstein,		
Hofgeismar	6,79	5,28
Duisburg, Münden ⁺	6,98	5,43
Kassel, Korbach,		
Rees, Wuppertal	7,17	5,58
Baunatal, ⁺ Mettmann,		
Velbert	7,36	5,72
Neuss	7,55	5,87
Bad Wildungen,		
Frankenberg (Eder),		
Mönchengladbach,		
Rotenburg (Fulda), Wabern	7,83	6,09
Bad Hersfeld, Homberg (Efze),		
Siegburg	8,17	6,35
Gemünden a. d. Wohra, ⁺		
Kirchhain	8,52	6,62
Aachen, Alsfeld, Dillenburg,		
Gießen, Wetzlar	8,85	6,88
Eschborn, Limburg (Lahn),		
Münstermaifeld	9,76	7,58
Aschaffenburg, Hattersheim,		
Rüsselsheim	10,02	7,79
Kleinwallstadt, Pfungstadt,		
Reinheim, Wiesbaden	10,29	8,00
von Bremen		
nach Gerolzhofen, Miltenberg	10,58	8,21
Bamberg, Grünstadt,		
Ludwigshafen am Rhein,		
Mannheim	11,05	8,59
Haßloch, Idar-Oberstein	11,30	8,78
Kaiserslautern, Mosbach		
Neckar-Odenwald-Kreis,		
Otterberg, Sinsheim	11,53	8,97
Limbach b. Homburg (Saar),		
Pirmasens, Sankt Wendel,		
Zaisenhaus Kr. Karlsruhe	11,78	9,16
Heusweiler, Ilshofen,		
Löchgau, Saarbrücken,		
Schwabach, Sulzbach (Saar)	12,02	9,34
Neresheim	12,63	9,82
Lauingen (Donau), Sinzing	12,83	9,97
Augsburg	13,02	10,13
Straubing, Villingen-		
Schwenningen ⁺	13,18	10,24
Plattling	13,31	10,35
Unterpfaffenhofen	13,44	10,45
Herbertingen	13,56	10,54
Glonn Kr. Ebersberg	13,70	10,64
Ainring, Raubling, Rosenheim	13,92	10,83

ggf. zuzüglich Umsatzsteuer

⁺ zusätzlich aufgenommen ab 17. Dezember 1982

3. Güterart: Schnittholz
4. Gütermenge: mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten

5. Tag des Abschlusses der Sonderabmachung: 23. November 1982

6. Dauer der Sonderabmachung: ab 1. Dezember 1982 auf unbestimmte Zeit, mindestens jedoch bis zum 31. Mai 1983

7. Wichtigste Sonderbedingungen: mindestens 8 t und höchstens drei Empfangsorte je Beförderung; Entfernung zwischen den Empfangsorten höchstens 100 Kilometer; Entgeltberechnung jeweils für das tatsächliche Gewicht; bei Ladungen von 8 bis 10 t nach dem 10-t-Satz; bei Ladungen über 10 t bis 15 t nach dem 15-t-Satz

6. Tag des Abschlusses der Sonderabmachung: 1. Oktober 1982
7. Dauer der Sonderabmachung: ab 1. Oktober 1982 auf unbestimmte Zeit, mindestens jedoch bis zum 31. Dezember 1982
8. Wichtigste Sonderbedingungen: mindestens 15 t je Beförderung; Nummer 7 der Vorschriften für die Frachtberechnung (RKT Teil II Abschnitt 1) gilt entsprechend

2. Sonderabmachung Nr. 0571

1. Name des Unternehmers: Bruhn Internationale Transporte GmbH
2. Verkehrsverbindungen und vereinbarte Beförderungsentgelte:
- | | DM/100 kg | | |
|--|-----------|------|------|
| | 20 t | 23 t | 24 t |
| von Hamburg nach Solingen | - | - | 3,71 |
| Bielefeld, Gütersloh, Lübbecke | 3,95 | 3,83 | 3,78 |
| Bochum, Essen | 4,04 | 3,86 | 3,82 |
| Hagen | 4,43 | 4,25 | 4,21 |
| Frankfurt am Main, Neu-Isenburg | 4,74 | 4,60 | 4,55 |
| Berlin-Spandau | 4,77 | 4,59 | 4,54 |
| Dreieich, Mainz | 5,00 | 4,77 | 4,73 |
| Wiesbaden | 5,07 | 4,92 | 4,88 |
| Berlin-Reinickendorf, Berlin-Schöneberg, Berlin-Tiergarten, Kornwestheim | 5,08 | 4,89 | 4,84 |
| | 6,32 | 6,08 | 6,01 |
- ggf. zuzüglich Umsatzsteuer

4. Sonderabmachungen Nr. 1053, Nr. 1054 und Nr. 1055

1. Name der Unternehmer: Nr. 1053 - Werner Jahn
Nr. 1054 - Horst Anhalt
Nr. 1055 - Christian Carstensen
2. Verkehrsverbindungen: von Tönning nach Hamburg
3. Güterart: Weizen
4. Gütermenge: jeweils mindestens 500 t
5. Vereinbarte Beförderungsentgelte: 2,20 DM/100 kg
ggf. zuzüglich Umsatzsteuer
6. Tag des Abschlusses der Sonderabmachungen: 9. Dezember 1982 (10. Dezember 1982 bei Nr. 1055)
7. Dauer der Sonderabmachungen: 10. Dezember 1982 bis 10. Januar 1983
8. Wichtigste Sonderbedingungen: entgeltpflichtig mindestens 20 t je Beförderung

3. Güterart: Papier, unbearbeitet; Holz Zellstoff in Ballen
4. Gütermenge: mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten
5. Tag des Abschlusses der Sonderabmachung: 10. Dezember 1982
6. Dauer der Sonderabmachung: ab 1. Januar 1983 auf unbestimmte Zeit, mindestens jedoch bis zum 31. März 1983
7. Wichtigste Sonderbedingungen: entgeltpflichtig mindestens 20 t und nur ein Empfangsort je Beförderung; Nummer 7 der Vorschriften für die Frachtberechnung (RKT Teil II Abschnitt 1) gilt entsprechend

5. Sonderabmachung Nr. 1181

1. Name des Unternehmers: Hans Wunderer
2. Verkehrsverbindungen: von Bremerhaven nach Meinerzhagen
3. Güterart: Fliesen aus Ton, glasiert
4. Gütermenge: mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten
5. Vereinbarte Beförderungsentgelte: 4,00 DM/100 kg
ggf. zuzüglich Umsatzsteuer
6. Tag des Abschlusses der Sonderabmachung: 17. Dezember 1982
7. Dauer der Sonderabmachung: ab 3. Januar 1983 auf unbestimmte Zeit, mindestens jedoch bis zum 2. Juli 1983
8. Wichtigste Sonderbedingungen: mindestens 24 t je Beförderung

3. Sonderabmachung Nr. 07176

1. Name des Unternehmers: Georg Boll GmbH & Co. KG
2. Verkehrsverbindungen: von Emden nach Köln
3. Güterart: Papier, unbearbeitet
4. Gütermenge: mindestens 500 t jeweils in 3 Monaten
5. Vereinbarte Beförderungsentgelte:
- | | DM/100 kg | | |
|--|-----------|------|------|
| | 15 t | 20 t | 23 t |
| | 4,44 | 3,89 | 3,68 |
- ggf. zuzüglich Umsatzsteuer

6. Dritte Änderung der Sonderabmachung Nr. 0499 (VkB I 1982 S. 168, zuletzt geändert 1982 S. 402)

In die Sonderabmachung wurden folgende Verkehrsverbindungen mit den nebenstehenden Beförderungsentgelten neu aufgenommen:

	DM/100 kg		
	20 t	23 t	24 t
von Bremen nach Schwerte	3,84	3,70	3,65
Langenfeld (Rheinland)	4,35	4,10	4,05

ggf. zuzüglich Umsatzsteuer

Die Änderung wurde am 22. Dezember 1982 vereinbart und wirksam.

7. Vierunddreißigste Änderung der Sonderabmachung Nr. 0768 (VkBl 1978 S. 313, zuletzt geändert 1982 S. 504)
In die Sonderabmachung wurden folgende Verkehrsverbindungen mit den nebenstehenden Beförderungsentgelten neu aufgenommen:

	DM/100 kg			
	15 t	20 t	23 t	24 t
a) von Bremen nach Lübbecke	2,31	2,11	2,02	2,00
b) von Bremen nach Weingarten Kr. Ravensburg	8,78	7,98	7,66	7,59
c) von Hamburg nach Offenbach a. Main	7,31	6,64	6,38	6,32
d) von Bremen nach Stadthagen	2,47	2,25	2,16	2,14
e) von Bremen nach Velbert	4,87	4,43	4,26	4,21

ggf. zuzüglich Umsatzsteuer
die Änderung wurde vereinbart und wirksam
zu a) am 4. November 1982,
zu b) am 5. November 1982,
zu c) am 12. November 1982,
zu d) am 30. November 1982,
zu e) am 9. Dezember 1982.
8. Die auf unbestimmte Zeit abgeschlossene Sonderabmachung Nr. 0240 (VkBl 1982 S. 126) ist ab 1. September 1982 unwirksam.

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr
Im Auftrag
Dr. Trinkaus
(VkBl 1983 S. 27)

Nr. 24 Verzeichnis der Fahrlehrerausbildungsstätten

Bonn, den 4. Januar 1983
StV 15/36.11.01-22
Das Verzeichnis der amtlich anerkannten Fahrlehrerausbildungsstätten ist auf Grund der in den letzten Jahren erfolgten Änderungen und Ergänzungen neu zusammengestellt worden. Nachstehend gebe ich das Gesamtverzeichnis – Stand: 5. Januar 1983 – bekannt.
Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Keller

- Verzeichnis der amtlich anerkannten Fahrlehrerausbildungsstätten**
Stand: 5. Januar 1983
- Verkehrs-Institut – Gemeinnütziger Verein für Verkehrserziehung und Sicherheit im Straßenverkehr e. V. –
Lerchenstraße 2
4800 Bielefeld
 - Deutsches Verkehrs-Pädagogisches Institut e. V.
Gmünder Straße 95
7060 Schorndorf

- Fahrlehrer-Fachschule Düsseldorf Elko Erkens
Münsterstraße 241
4000 Düsseldorf
- Fahrlehrerausbildungsstätte Rolf Robitschek
Oskar-Kalbfell-Platz 8
7410 Reutlingen
- Fahrlehrerfachschule Seela
Messeweg 41
3300 Braunschweig
- Fahrlehrerausbildungsstätte Dipl.-Ing. Göttig
Kaiserstraße 6
7100 Heilbronn
- Institut für Integrierte Verkehrsbildung in der Bundesrepublik e. V.
Asterweg 53
6300 Gießen
- Fahrlehrerausbildungsstätte Dr. G. Gnann
Waitzstraße 28
1000 Berlin 12
- Private Technische Lehranstalt Eckert
Puricellistraße 40
8400 Regensburg;
Inhaber: Dr. Eckert
Heydenreichstraße 2
8400 Regensburg
- Fahrlehrerfachschule Heinz Lindermann
Lothringer Straße 115
4200 Oberhausen
- Fahrlehrerausbildungsstätte Fidel Mattes
Wiesenbacher Straße 65-69
6903 Neckargemünd
- Verkehrsfachschule Münsterland
Inhaber: Hermann Peter
4434 Ochtrup
- Fahrlehrerausbildungsstätte Hans Thorn
Albigerstr. 19
6508 Alzey
- Fahrlehrerausbildungsstätte Armin Bender
Kaiser-Friedrich-Ring 17
6200 Wiesbaden
- FVM-Fahrlehrer- und Verkehrsinstitut München
Schechinger GmbH
Martin-Luther-Straße 22
8000 München
- Deutsches Kraftfahrbildungsinstitut
Abteilung: Ausbildung für Fahrlehrer
Flur 8
6635 Schwalbach-Hülzweiler
- Fahrlehrerausbildungsstätte Karl Lenhard
Goethestraße 15
8590 Marktrechwitz
- Fahrlehrerfachschule Günther
Grindelallee 139
2000 Hamburg 13
- Fahrlehrerausbildungsstätte Nürnberg
Inhaber: Franz Weidinger
Reindelstraße 11
8500 Nürnberg

20. Fahrlehrerausbildungsstätte Hans Breier
Mainzer Straße 39
6600 Saarbrücken
21. Fahrlehrerausbildungsstätte Werner Hack
Hauptstraße 36
7022 Leinfelden-Echterdingen 2
22. Fahrlehrerausbildungsstätte Siegfried Lenhard
Adam-Klein-Straße 32
8500 Nürnberg 80

(VkBl 1983 S. 29)

Binnenschifffahrt

Nr. 25 **Schiffahrtpolizeiliche Verordnung über die Verkehrsregelung im Unterkanal der Koblenzer Schleusen*)**

Aufgrund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9500-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch § 13 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2121) geändert worden ist, in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung zur Einführung der Moselschiffahrtpolizeiverordnung vom 15. Juni 1981 (BGBl. I S. 503),

und § 1.22 Nr. 3 der Moselschiffahrtpolizeiverordnung vom 15. Juni 1981 (BGBl. I S. 503 – Anlageband –) wird verordnet:

§ 1

(1) Zu Berg kommende Fahrzeuge müssen die ihnen zugewiesene Schleusenammer ansteuern. Die Weisung hierzu erfolgt bei Tag und Nacht durch einen über der Mittelöffnung der Eisenbahnbrücke – Mosel-km 1,250 – angebrachten Richtungsweiser, der aus zwei weißen Lichtern nebeneinander besteht.

(2) Die Zeichen des Richtungsweisers bedeuten:

- a) linkes Licht ununterbrochen, rechtes Licht blinkend:
in Fahrtrichtung gesehen rechts liegende (nördliche) Brückenöffnung und in Fahrtrichtung gesehen rechts liegende Schleusenammer benutzen,
- b) rechtes Licht ununterbrochen, linkes Licht blinkend:
in Fahrtrichtung gesehen links liegende (südliche) Brückenöffnung und in Fahrtrichtung gesehen links liegende Schleusenammer benutzen,
- c) beide Lichter ununterbrochen:
vor dem Richtungsweiser bzw. dem Halteschild am Nordufer anhalten und bis zur Einweisung warten,
- d) beide Lichter blinkend:
beide Brückenöffnungen und Schleusenammern benutzbar.

(3) Fahrzeuge, die nicht in der Lage sind, die ihnen zugewiesene Schleusenammer zu benutzen, dürfen die Brückenöffnung nicht durchfahren. Sie müssen vor dem Richtungsweiser bzw. dem Hal-

teschild am Nordufer anhalten und warten, bis ihnen die von ihnen benutzbare Schleusenammer zugewiesen wird.

(4) Fahrzeugzusammenstellungen über 110 m Länge müssen die nördliche Brückenöffnung und Schleusenammer benutzen und vor dem Richtungsweiser bzw. dem Halteschild am Nordufer warten, bis ihnen diese Kammer zugewiesen wird.

§ 2

(1) Auf der Strecke zwischen Mosel-km 0,00 und Mosel-km 3,50 darf die Tauchtiefe der zu Berg kommenden Fahrzeuge 3,50 m nicht überschreiten. Fahrzeuge mit einer Tauchtiefe über 2,50 m müssen die in Fahrtrichtung gesehen rechts liegende (nördliche) Brückenöffnung und die in Fahrtrichtung gesehen rechts liegende Schleusenammer benutzen. Sie müssen vor dem Richtungsweiser bzw. dem Halteschild am Nordufer anhalten und warten, bis ihnen diese Kammer freigegeben wird.

(2) Bei der Bemessung der Tauchtiefe ist der Wasserstand des Rheins am Richtpegel Koblenz zu beachten.

§ 3

Nach dem Durchfahren der Eisenbahnbrücke ist eine Kreuzung des Fahrwassers ohne besondere Anweisung der Schleusenaufsicht verboten.

§ 4

Ordnungswidrig im Sinne des § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. als Schiffsführer
 - a) entgegen § 1 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2, oder entgegen § 1 Abs. 2 Buchstabe a oder b nicht die zugewiesene Schleusenammer ansteuert,
 - b) entgegen § 1 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 2 Buchstabe c oder entgegen § 1 Abs. 3 Satz 2, § 1 Abs. 4 oder § 2 Abs. 1 Satz 3 nicht bis zur Einweisung wartet,
 - c) entgegen § 2 Abs. 1 Satz 1 ein Fahrzeug führt, das die zulässige Tauchtiefe überschreitet.
2. als Eigentümer oder Ausrüster
die in Nummer 1 Buchstabe c bezeichnete Handlung anordnet oder zuläßt.

§ 5

Die Verordnung tritt am 1. April 1983 in Kraft und mit Ablauf des 31. März 1986 außer Kraft.

Mainz, den 4. Januar 1983
MK 1982-II-3

Wasser- und Schifffahrtsdirektion

Südwest

Rost

(VkBl 1983 S. 30)

Nr. 26 **Hinweis**

Verordnung Nr. 16/82 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt vom 9. Dezember 1982

(FC Nr. 4/82 Frachtenausschuß Bremen)

(FD Nr. 6/82 Frachtenausschuß Hamburg).

Bonn, den 3. Januar 1983
A 34/28.25.40-31

Die Verordnung Nr. 16/82 vom 9. Dezember 1982 ist im Bundesanzeiger Nr. 236 vom 18. Dezember 1982 verkündet worden. Die Verordnung ist am 1. Januar 1983 in Kraft getreten.

*) Wiederholung ohne Änderungen

Der volle Wortlaut der Beschlüsse der Frachtenausschüsse ist im FTB – Frachten- und Tarifeanzeiger der Binnenschifffahrt –*) Nr. 35/36 vom 20. Dezember 1982 veröffentlicht worden.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Päffgen

(VkB I 1983 S. 30)

Nr. 28 Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatentes

Das dem Schiffsführer Werner Staudenmaier, geb. am 16. 10. 1920 in Altheim, wohnhaft in 7910 Neu-Ulm, An der Schießmauer 50, am 27. Oktober 1982 von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd erteilte kleine Patent für die Donau Nr. 194 ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Würzburg, den 16. Dezember 1982
A6-3897/82

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Süd
In Vertretung
Dr. Franzius

(VkB I 1983 S. 31)

Nr. 27 Hinweis

Verordnung Nr. 17/82 über die Festsetzung von Entgelten für Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt vom 10. Dezember 1982

(FA Nr. 7/82 Frachtenausschuß für den Rhein)
(FB Nr. 9/82 Frachtenausschuß Dortmund)
(FD Nr. 7/82 Frachtenausschuß Hamburg)
(FE Nr. 6/82 Frachtenausschuß Berlin)
(FG Nr. 5/82 Frachtenausschuß Berlin)

Bonn, den 4. Januar 1983
A 34/28.25.40-11

Die Verordnung Nr. 17/82 vom 10. Dezember 1982 ist im Bundesanzeiger Nr. 236 vom 18. Dezember 1982 verkündet worden. Die Verordnung ist am 1. Januar 1983 in Kraft getreten.

Der volle Wortlaut der Beschlüsse der Frachtenausschüsse ist im FTB – Frachten- und Tarifeanzeiger der Binnenschifffahrt –*) Nr. 35/36 vom 20. Dezember 1982 veröffentlicht worden.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Päffgen

(VkB I 1983 S. 31)

*) Der FTB – Frachten- und Tarifeanzeiger der Binnenschifffahrt – kann vom Binnenschifffahrts-Verlag GmbH, Dammstr. 15-17, 4100 Duisburg-Ruhrort, bezogen werden.

Nr. 29 Ungültigkeitserklärung eines Schifferpatentes

Das dem Schiffsführer Helmut Kleinfeldt, geb. am 03. 01. 1934 in Pillau/Ostpr., wohnhaft in 6230 Frankfurt 80, Klosterhofstr. 134, am 26. April 1962 von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Würzburg erteilte Rheinschifferpatent Nr. 275/62 R gültig von Mannheim bis Spyck, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Würzburg, den 16. Dezember 1982
A6-1994/82

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Süd
In Vertretung
Dr. Franzius

(VkB I 1983 S. 31)

Seeverkehr

Nr. 30 Ungültigkeitserklärung von Schiffsmeßbriefen

Nachstehend aufgeführte Schiffsmeßbriefe sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt. Sollten die ungültigen Meßbriefe einer Behörde vorgelegt werden, sind sie einzuziehen und an das Bundesamt für Schiffsvermessung, Postfach 129, 2000 Hamburg 4, zu senden.

Nr.	Schiffsname	Untersch.-Signal	Meßbrief-Datum	Art des Meßbriefes	Ausstellende Behörde*)	Schiffseigner
64	TROPIC	DGTT	21.12.70	International	BAS	Partenreed „TROPIC“, Brake
65	STEINDAMM	–	05.10.72	National	BAS	Max Sötje, Hamburg 55
66	ALPHA	DLBX	23.01.74	National	BAS	Peter Quast, Wedel
67	AQUIS GRANA	DNNA	08.05.80	International	BAS	Lea Fassbender
68	STADT GLÜCKSSTADT	–	21.07.72	National	BAS	Friedrich Hutter, Glücksstadt
69	SINGA	DNSW	15.01.81	International	BAS	Jens F. Brune, Mannheim
70	PANDION III	DHJS	16.08.71	International	BAS	KG Cranzer, Hamburg
71	UMBRINA	DHQH	22.01.73	International	BAS	Dieter Back, Frankfurt
72	LADY MOON II	–	06.04.71	International	HVS	Carl-Heinz Kliemann, Berlin
73	BREMEN EXPRESS	DDUT	10.05.73	Suez	BAS	Hapag-Lloyd AG, Hamburg
74	RENATE I	DJUM	19.01.82	International	BAS	Carl-Michael Backhaus

Nr.	Schiffsname	Untersch.- Signal	Meßbrief- Datum	Art des Meßbriefes	Ausstellende Behörde*)	Schiffseigner
75	RENATE I	DJUM	24.01.49	National	BAS	C.-M. Backhaus, Heiligenhafen
76	L 131	–	08.02.71	International	BAS	Robert Looft, Wilster
77	BENNY VI	DLLQ	10.05.77	International	DGD	Hans Behr, Stuttgart

*) **Abkürzungen:** B A S steht für Bundesamt für Schiffsvermessung, Hamburg
H V S steht für Hoofdinspecteur voor de Scheepsmeting, 's-Gravenhage
D G D steht für Direction Générale des Douanes, Paris

Hamburg, den 27. Dezember 1982
Az.: III/0172

Bundesamt für Schiffsvermessung
In Vertretung
Parpart

(VkBl 1983 S. 31)

Nr. 31 Ungültigkeitserklärung von Flaggenausweisen

Nachstehend aufgeführte Flaggenausweise sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt. Sollten die ungültigen Flaggenausweise einer Behörde vorgelegt werden, sind sie einzuziehen und an das Bundesamt für Schiffsvermessung, Bernhard-Nocht-Str. 78, Postfach 129, 2000 Hamburg 4, zu senden.

Lfd. Nr.	Schiffsname	Flaggenausweis Nr.	Datum	Eigner
6	BUBU 2	200600/ 004811	06.08.82	Uwe Alberts, Wilhelmshaven
7	CHRISTEL	200315/ 004491	25.06.81	Albert Graf, Baden-Baden
8	JUDY II	200775/ 005541	06.04.82	Rudolf Honauer, Kehl-Kork
9	OSTARA	200515/ 004974	21.07.81	Dietmar Kaul, Neufahrn
10	CHERRY	201530/ 006098	22.06.82	Reinhard Keil, Selingensstadt
11	BRAZILIAN WAVE	200744/ 005134	17.12.81	Beatrix Stadler, Ratingen
12	PEPEJA	200636/ 004848	23.09.81	Günter Kreissel, Duisburg
13	SAUDADE	126331/ 002838	01.12.81	Dr. Wolfgang Sattler, Bonn- Bad Godesberg

Hamburg, den 27. Dezember 1982
Az.: III/0350.04

Bundesamt für Schiffsvermessung
In Vertretung
Parpart

(VkBl 1983 S. 32)

Nr. 32 Verlust eines Lotsenausweises

Aurich, den 30. Dezember 1982
A6/AL II 98.181

Nachstehender von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Bremen ausgestellter Lotsenausweis ist abhanden gekommen:

Seelotsenausweis Nr. 98 Farbe: hellblau

Inhaber: Seelotse Reinhard Meister,
geb. am 21. Oktober 1934 in Oberhammelwarden

Seelotsrevier: Weser I

Der Ausweis wird für ungültig erklärt.

Ich bitte mir mitzuteilen, wenn etwas über den Verbleib, insbesondere über die mißbräuchliche Benutzung, bekannt wird.

Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Nordwest
In Vertretung
Kaiser

(VkBl 1983 S. 32)

Straßenbau

Nr. 33 Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 33/1982 Sachgebiet 6: Ausstattung der Bundesfernstraßen

Bonn, den 27. Dezember 1982
StB 26/14.83.10

Oberste Straßenbaubehörden der Länder

mit Nebenabdrucken für
die Regierungen und Mittelbehörden
die Autobahnämter und Straßenbauämter

nachrichtlich:

Bundesanstalt für Straßenwesen
Bundesrechnungshof

Betr.: Merkblatt über Luftverunreinigungen an Straßen,
Teil: Straßen ohne oder mit lockerer Randbebauung,
Ausgabe 1982, (MLuS-82)

Das Merkblatt über Luftverunreinigungen an Straßen, Teil: Straßen ohne oder mit lockerer Randbebauung, Ausgabe 1982, (MLuS-82), ist von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V. veröffentlicht worden.

Ich weise hiermit auf das Merkblatt hin.

Wesentlicher Bestandteil des Merkblattes ist ein Prognosemodell zur Abschätzung der Luftverunreinigungen an Straßen, die keine oder nur aufgelockerte Randbebauung aufweisen. Dieses Modell ist vom TÜV-Rheinland, Köln, entwickelt und vom Bundesminister für Verkehr finanziert worden. Zur Abschätzung der Schadstoffimmissionen an Straßen mit geschlossener Randbebauung ist zur Zeit noch kein entsprechendes Modell vorhanden. Im Anhang des Merkblattes werden jedoch Näherungswerte angegeben, die es ermöglichen, wenigstens die Schadstoffemissionen abzuschätzen.

Im Kapitel 1 „Zielsetzung und Anwendungsbereich“ wird darauf hingewiesen, daß ein Vergleich der mit Hilfe des Prognosemodells ermittelten Belastungen mit den Immissionsstandards aus der „Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft“ – (Er-

ste Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung zum Bundes-Immissionsschutz vom 28. August 1974) und den VDI-Richtlinien 2310 „Maximale Immissions-Werte“ nicht sachgerecht ist. Dieser Hinweis ist aufgenommen worden, weil die Immissionswerte nach dem Merkblatt auf bestimmte Immissionspunkte, die Immissionswerte der TA Luft dagegen auf eine bestimmte Fläche bezogen sind.

In den VDI-Richtlinien 2310 wird keine Vorschrift angegeben, wie die in diesen Richtlinien festgelegten „Maximalen Immissions-Konzentrationen“ zu bestimmen sind. Auch der Vergleich der Ergebnisse des Abschätzverfahrens mit kurzzeitigen Kenngrößen wie 1/2-Stunden- und 24-Stunden-Mittelwerten ist problematisch und nicht zulässig, weil die dem Prognoseverfahren des Merkblattes zugrunde liegenden meteorologischen und verkehrlichen Daten nach einer ganz bestimmten Statistik ausgewertet worden sind.

Das MLuS-82 ist bei der Geschäftsstelle der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V., Alfred-Schütte-Allee 10, 5000 Köln 21, zu beziehen.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag

Dr.-Ing. E.h. Thul

(VkBl 1983 S. 32)

**Nr. 34 Allgemeines Rundschreiben Straßenbau
Nr. 1/1983
Sachgebiet 2: Bemessung und Gestaltung
der Bundesfernstraßen
(Klassifizierung und Nummerierung der Straßen)**

Bonn, den 13. Januar 1983
StB 13/38.60.70/40-01

Oberste Straßenbaubehörden der Länder

mit Nebenabdrucken für die Regierungen,
Mittelbehörden und Autobahnämter

nachrichtlich:

Den für die Straßenverkehrs-Ordnung
zuständigen Herren Ministern und
Senatoren (Ministerien) der Länder

Betr.: Numerierung der Bundesautobahnen (6. Fortschreibung)

Bezug: Allgemeines Rundschreiben Straßenbau Nr. 8/81 vom 10.
Mai 1981 – StB 13/38.60.70/40.01/13050 Va 81 –

Anlg.: 1. ein Plan
2. ein Streckenverzeichnis

Hiermit schreibe ich die Numerierung der Bundesautobahnen fort. In dem beigefügten Plan sind nach dem Stand vom 01. 01. 1983 die in Betrieb befindlichen und die im Laufe des Jahres 1983 voraussichtlich dem Verkehr zu übergebenden Autobahnstrecken mit ihren Nummern dargestellt. Das zugehörige Streckenverzeichnis beschreibt den Streckenverlauf ebenfalls nach dem Stand vom 01. 01. 1983. In der Zwischenzeit eingetretene Veränderungen und Ergänzungen sind berücksichtigt.

Die den ARS 12/74 vom 15. 06. 1974, 18/76 vom 15. 11. 1976, 12/77 vom 21. 11. 1977, 2/79 vom 01. 03. 1979, 6/80 vom 01. 03. 1980 und 8/81 vom 10. 05. 1981 beigegebenen Streckenverzeichnisse und Pläne sind insoweit überholt.

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Stoll

Anlage 2
zum ARS Nr. 1/83
StB 13/38.60.70/40-01/2 Va 83

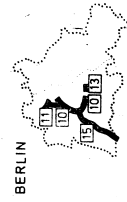
Verzeichnis der Autobahnnummern

A-Nr.	Streckenverlauf	
A 1	Oldenburg in Holstein – Lübeck – Hamburg – Bremen – Osnabrück – Münster – Dortmund – Wuppertal – Remscheid – Köln – AS Blankenheim ----- Mehren – Saarbrücken	A 21 AS Wankendorf – AS Bornhöved
A 2	(Venlo) – Duisburg – Oberhausen – Dortmund – Bielefeld – Hannover – Braunschweig – Helmstedt – (Magdeburg)	A 23 Itzehoe – AD Hamburg – Northwest (A 7)
A 3	(Arnheim) – Oberhausen – Duisburg – Düsseldorf – Köln – Frankfurt – Würzburg – Nürnberg – Regensburg – AS Straubing ----- AK Deggendorf – Passau – Pocking – (Suben)	A 24 AS Hamburg-Horn – AK Hamburg-Ost (A 1) – Gudow – (Berlin)
A 4	(Heerlen) – Aachen – Köln – Gummersbach – Olpe (A 45) – AS Wenden ----- Kirchheimer Dreieck (A 7) – Bad Hersfeld – AS Wild- eck-Obersuhl ----- AS Wommen – AS Herleshausen	A 25 AD Hamburg-Südost – AS Hamburg-Curslack
A 5	AD Reiskirchen (A 48) – Frankfurt – Darmstadt – Heidelberg – Karlsruhe – Weil a. Rhein – (Basel)	A 27 Cuxhaven-Groden – Bremerhaven – Bremen – AD Wals- rode (A 7)
A 6	(Metz) – Saarbrücken – Kaiserslautern – Mannheim – Heilbronn – Nürnberg – Amberg	A 28 AS Westerstede – Oldenburg – Delmenhorst
A 7	(Apenrade) – Flensburg – Hamburg – Hannover – Kassel – Fulda – Würzburg – AS Langensteinach ----- AS Heidenheim – Ulm – Memmingen – AK Allgäu (A 98)	A 29 AS Wilhelmshaven-Nord – Oldenburg – Wardenburg – AD Ahlhorn
A 8	Saarwellingen – Saarbrücken – Zweibrücken – Pirmasens ----- AD Karlsruhe (A 5) – Stuttgart – Ulm – Augsburg – München – Rosenheim – (Salzburg)	A 30 westl. Hörstel – Osnabrück – AS Löhne-Gohfeld ----- östl. Rehme – AD Bad Oeynhausen (A 2)
A 9	(Leipzig) – Hof – Bayreuth – Nürnberg – München	A 31 nördl. Emden – AS Neermoor
A 10	Autobahn Ring-Berlin (West) AS Sachsendamm – AK Schöneberg – AD Funkturm – AS Beusselstraße	A 33 Hövelhof – AS Paderborn-Zentrum
A 11	Autobahn Berlin – Hamburg AD Charlottenburg – Wittestraße	A 37 AD Hannover-Süd (A 7) – Hannover/Waldhausen
A 13	Autobahn Berlin Südost AS Tempelhofer Damm – AS Alboinstraße	A 39 AS Sandkamp – Wolfsburg – AK Wolfsburg/Königslut- ter (A 2) ----- AK Braunschweig-Süd – AD Salzgitter (A 7)
A 15	Autobahn Berlin – Hannover – Nürnberg AD Funkturm – Dreilinden (Landesgrenze Berlin West)	A 42 AK Duisburg-Hamborn – Duisburg – Oberhausen – Bottrop – Essen – Gelsenkirchen – Herne – Castrop-Rauxel – AS Dortmund-Bodelschwingh
Nicht numerierte Autobahnabzweige in Berlin (West)		A 43 AK Münster-Süd (A 1) – Dülmen – Recklinghausen – Bochum – AK Wuppertal-Nord (A 1/A 46)
Abzweig Reinickendorf AD Charlottenburg (A 10) – AK Reinickendorf (A 11) – Scharnweberstraße		A 44 (Liège) – Aachen-Lichtenbusch – AS Mönchenglad- bach-Odenkirchen ----- AS Mönchengladbach-Ost – AS Krefeld-Forstwald ----- AS Krefeld-Fischeln – AS Meerbusch-Strümp ----- Südumgehung Ratingen ----- AK Bochum/Witten (A 43) – AK Dortmund/Witten (A 45) ----- AK Dortmund/Unna (A 1) – Soest – Kasseler Kreuz (A 7)
Abzweig Steglitz Paulsenstraße – AK Wilmersdorf (A 10) – AS Berliner Straße		A 45 AK Dortmund-Nordwest (A 2) – Hagen – Olpe – Siegen – Gießen – Seligenstädter Kreuz (A 3)
Abzweig Zehlendorf AS Lichterfelde – AK Schöneberg (A 10)		A 46 AS Hückelhoven – Mönchengladbach – Neuss ----- AS Neuss-Uedesheim – Düsseldorf-Bilk ----- Düsseldorf – AK Wuppertal-Nord (A 1/A 43) ----- Hagen (A 45) – Iserlohn – AS Hemer
		A 48 AD Moseltal – Koblenz – Dernbacher Dreieck (A 3) ----- AS Aßlar – Wetzlarer Kreuz ----- AS Wettenberg – Gießen – Hattenbacher Dreieck (A 7)
		A 49 Kassel (A 7) – AS Borken

Numerierung der Bundesautobahnen

Vorhandenes Netz

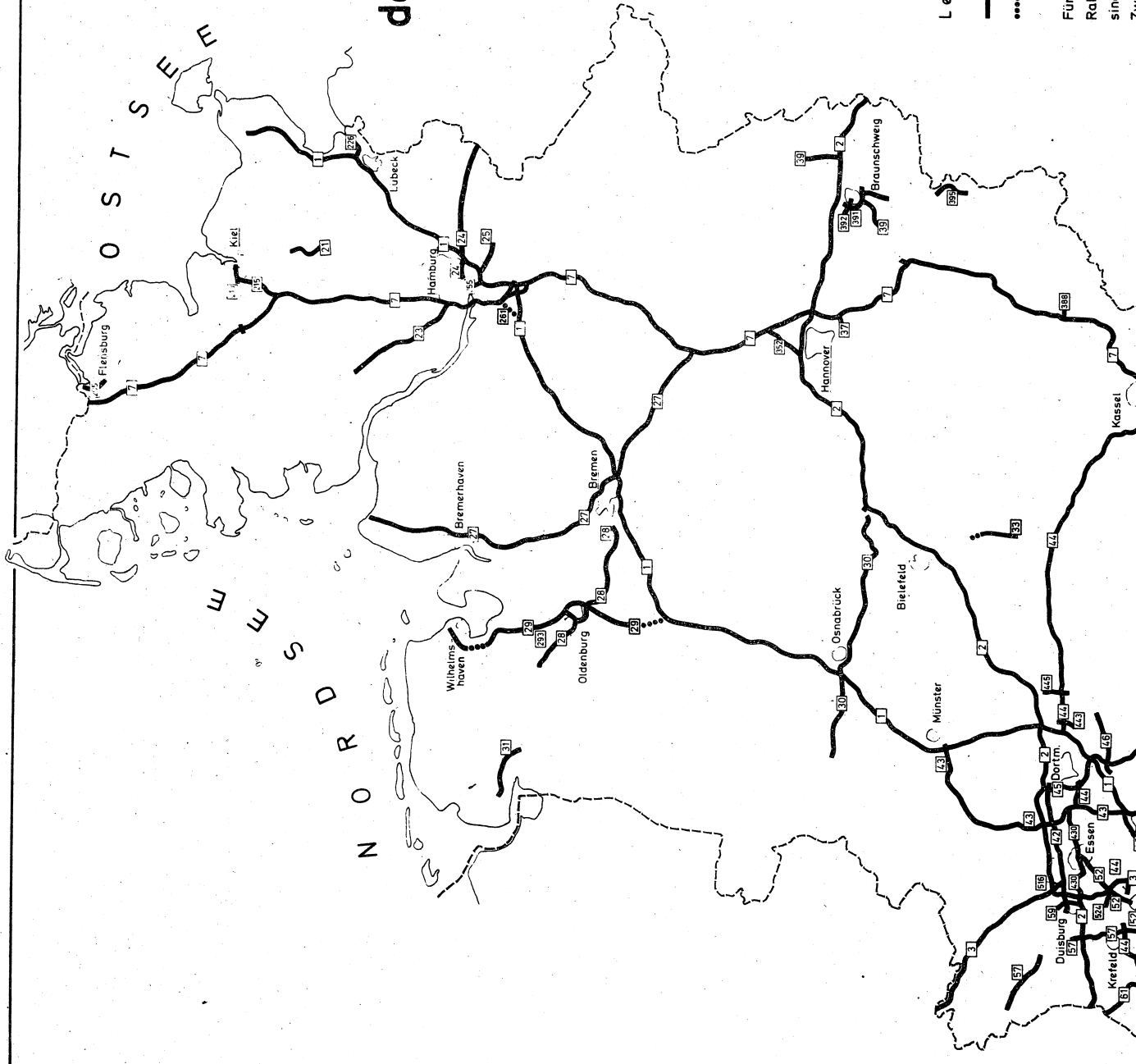
Stand: 01.01.1983



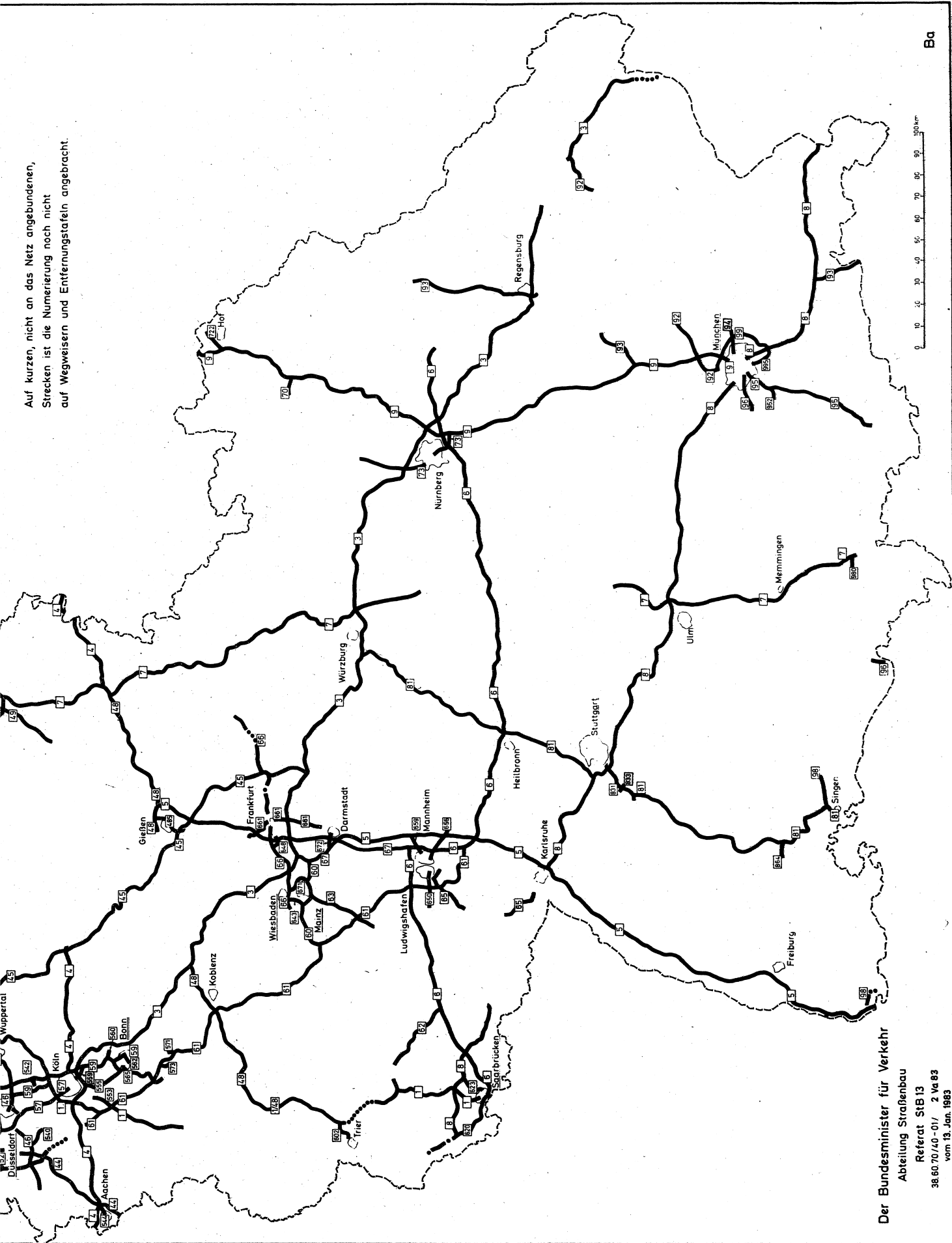
Legende:

- in Verkehr 01.01.1983
- Fertigstellung 1983

Für die Anzeige der Autobahnnummern im Rahmen der wegweisenden Beschilderung sind Abweichungen bei baulichen Zuständen möglich.



Auf kurzen, nicht an das Netz angebundenen,
Strecken ist die Numerierung noch nicht
auf Wegweisern und Entfernungstafeln angebracht.



Der Bundesminister für Verkehr
Abteilung Straßenbau
Referat StB 13
38.60.70/40-01/ 2 Va 83
vom 13. Jan. 1983

0 10 20 30 40 50 60 70 80 90 100 km

Ba

A 52	Mönchengladbach/Hardt – AS Meerbusch/Neuss ----- Düsseldorf-Rath – AS Essen-Frillendorf (A 430)	A 205	Westliche Umgehung Flensburg
A 57	AS Goch/Weeze – Alpen ----- AS Kamp-Lintfort – Neuss – Köln	A 210	Schacht-Audorf – AK Rendsburg ----- Melsdorf – AD Kiel-West (A 215)
A 59	Duisburg-Fahrn – AK Duisburg (A 2) ----- AK Düsseldorf-Süd (A 46) – AK Leverkusen-West (A 1) ----- AK Heumar (A 3) – AK Bonn-Ost (A 562)	A 215	AD Bordesholm (A 7) – Kiel – AS Westring
A 60	AK Bingen (A 61) – Rüsselsheimer Dreieck (A 67)	A 226	AD Bad Schwartau (A 1) – Lübeck-Siems
A 61	(Venlo) – Mönchengladbach – Pfaffendorf ----- AS Kerpen/Türnich – Koblenz – Ludwigshafen – Speyer – AD Hockenheim (A 6)	A 255	AD Hamburg-Süd (A 1) – AS Hamburg-Veddel
A 62	AS Birkenfeld – AD Landstuhl (A 6)	A 261	AD Hamburg-Südwest (A 7) – Buchholzer-Dreieck (A 1)
A 63	AK Mainz (A 60) – AK Alzey (A 61) – Mauchenheim	A 293	AD Oldenburg-West (A 28) – AK Oldenburg-Nord (A 29)
A 65	Rheingönheimer Kreuz – AS Neustadt-Süd ----- AS Landau-Süd – Wörther Kreuz	A 352	AD Hannover-Nord (A 7) – AD Hannover-West (A 2)
A 66	AS Wiesbaden-Frauenstein – Frankfurt – AS Miquel- allee ----- AS Frankfurt-Bergen-Enkheim – AS Gelnhausen-Ost ----- Umgehung Salmünster	A 388	AS Göttingen-Nord (A 7) – Göttingen
A 67	Mönchhof-Dreieck (A 3) – Darmstädter Kreuz (A 5) – Viernheimer Dreieck (A 6)	A 391	AK Ölper – AD Braunschweig-Südwest (A 39)
A 70	AS Kulmbach/Bayreuth – AD Bayreuth/Kulmbach (A 9)	A 392	AS Hamburger Straße – AK Ölper (A 391)
A 73	AS Forchheim-Nord – AS Nürnberg-Fürth ----- AS Nürnberg-Hafen-Ost – AD Nürnberg-Feucht (A 9)	A 395	AK Braunschweig-Süd – südl. Wolfenbüttel ----- nördl. Lengde – AS Westerde
A 81	AD Würzburg-West (A 3) – Heilbronn – AD Stuttgart (A 8) ----- AK Herrenberg – Rottweil – AS Singen	A 430	AK Duisburg Kaiserberg (A 2/A 3) – Mülheim a.d.R. – Essen – Bochumer-Kreuz (A 43)
A 92	AD München-Feldmoching (A 99) – AS Freising-Ost ----- AS Wallersdorf – AK Deggendorf (A 3)	A 443	AS Unna – AK Unna-Ost (A 44) AS Unna-Süd
A 93	AS Pfreimd – Regensburg – AS Pentling ----- AS Elsendorf – AD Holledau (A 9) ----- AD Inntal (A 8) – Kiefersfelden – (Kufstein)	A 445	AS Werl-Sönnern – AK Werl (A 44) AS Wickede
A 95	München – Murnau – Eschenlohe	A 485	Nordkreuz Gießen (A 48) – Gießener Kreuz (A 45) – AS Gießen-Lang-Göns
A 96	(Bregenz) – Lindau – südl. AK Wangen ----- AS Oberpfaffenhofen – München	A 516	AK Oberhausen (A 2) – Oberhausen-Sterkrade
A 98	Märkt – Lörrach ----- AK Singen (A 81) – Stockach	A 524	Duisburg-Rahm – AK Breitscheid (A 3/A 52)
A 99	Autobahnring München AD München-Feldmoching (A 92) – AK München- Brunnthal (A 8)	A 540	AS Jülich (A 46) – südl. Grevenbroich
		A 542	Hitdorf (A 59) – südl. Langenfeld
		A 544	Verteilerkreis Aachen – AK Aachen (A 4)
		A 553	nördl. Brühl – AK Bliesheim (A 1/A 61)
		A 555	Verteilerkreis Köln – Verteilerkreis Bonn
		A 559	AK Köln-Gremberg (A 4) – AD Köln-Porz (A 59)
		A 560	AD St. Augustin (A 59) – AS St. Augustin-Zentrum
		A 562	Bonn – AK Bonn-Ost (A 59)
		A 565	westl. Gelsdorf – AK Meckenheim (A 61) – Bonn – AD Bonn-Beuel (A 59)
		A 571	AS Sinzig (A 61) – Sinzig
		A 573	AS Bad Neuenahr-Ahrweiler (A 61) – Bad Neuenahr- Ahrweiler
		A 602	AS Trier-Verteilerkreis – AD Moseltal (A 1)
		A 620	AD Saarlouis (A 8) – AD Saarbrücken (A 6)
		A 623	AD Friedrichsthal – Saarbrücken
		A 643	AS Wiesbaden-Waldstraße (A 66) – AD Mainz (A 60)

A 648	Eschborner Dreieck (A 66) – Frankfurt-Messeplätze
A 650	AK Ludwigshafen (A 61) – Ludwigshafen
A 656	Mannheim – Heidelberg
A 659	Mannheim – AK Weinheim (A 5)
A 661	AS Oberursel-Nord – Bad Homburger Kreuz (A 5) – Nordzubringer Frankfurt a. Main ----- Frankfurt a. Main (Kaiserleibücke) – Offenbacher Kreuz (A 3) – AS Egelsbach
A 671	AS Wiesbadener-Mainzer Straße (A 66) – Hochheim – Mainspitz-Dreieck (A 60)
A 672	AS Darmstadt-Griesheim (A 67) – A 5 – Darmstadt
A 722	AD Hof (A 9) – AS Hof-Nord
A 831	Stuttgart – AK Stuttgart-Vaihingen (A 8) – AK Herrenberg (A 81) – Gärtringen
A 833	AK Böblingen – AS Böblingen-Hulb
A 864	Donaueschingen – AD Bad Dürkheim (A 81)
A 952	AS Percha – AD Starnberg (A 95)
A 980	AS Waltenhofen – AK Allgäu (A 7)
A 995	München – AK München Brunnthal (A 99)

(VkBI 1983 S. 33)

Personalmeldungen

Nr. 35 Stellenausschreibung

Bei der Vorprüfungsstelle des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach a. M. ist der Dienstposten eines Vorprüfungsbeamten der Bes.-Gr. A 11 für einen Beamten des gehobenen technischen Dienstes der Fachrichtung Informatik/Nachrichtentechnik bzw. DV-Organisator/Systemanalytiker zu besetzen.

Die Vorprüfungsstelle prüft die Dienststellen des Deutschen Wetterdienstes, der Bundesanstalt für Flugsicherung und zukünftig auch Bereiche der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung im gesamten Bundesgebiet sowie das Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten in Frankfurt a. M.. Es handelt sich um eine interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit.

Zu den Aufgaben der Vorprüfungsstelle zählt u. a. die Prüfung der Ausgaben für

- sächliche Verwaltungsaufgaben
- Investitionen, insbesondere für flugsicherungstechnische Anlagen (Radar- und Navigationsanlagen usw.)
- den Betrieb der Gemeinsamen Flugvermessungsstelle
- die Durchführung wetterdienstlicher Aufgaben für das Umweltschutzprogramm
- die Durchführung von Aufträgen für Bundesbehörden und Dritte
- die Datenverarbeitung.

Ferner sollen auch die Organisation und die Personalwirtschaft geprüft werden.

In Betracht kommen Bewerber, die das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben sollten und die folgenden Anforderungen entsprechen:

- Fähigkeit und Bereitschaft zu selbständiger, kooperativer, zielbewußter, gründlicher und zügiger Arbeit und zur Einarbeitung und Weiterbildung auch in bislang fremde Fachgebiete
- Fähigkeit zur Problemerkennung und zum Kosten-Nutzen-Denken
- Grundkenntnisse in Organisation und Personalwirtschaft
- Grundkenntnisse über die Anwendung von DV-Techniken
- Bereitschaft zu zeitweiliger mehrtägiger Erledigung von Prüfungsaufgaben auch außerhalb des Dienstorts
- Sicher im mündlichen Ausdruck, verbunden mit Verhandlungsgeschick und gewandt in der schriftlichen Darstellung
- gute allgemeine Verwaltungskenntnisse
- Umfassende Fachkenntnisse in Errichtung, Betrieb und Unterhaltung fernmelde- bzw. nachrichtentechnischer Anlagen
- Fähigkeit zum Erkennen technisch-wirtschaftlicher Zusammenhänge
- Sinn für systembezogene Abläufe
- Gute Kenntnisse und Erfahrungen in Vertrags- und Verbindungswesen, Preisrecht, Preisbildung und Kalkulation.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den beruflichen Werdegang und Lichtbild sind bis spätestens 31. März 1983 zu richten an

DEUTSCHER WETTERDIENST
– Zentralamt –
Frankfurter Straße 135
6050 Offenbach am Main

(VkBI 1983 S. 40)